

Neue Rollen kollektiver wachstumsunabhängiger Raumorganisation

Christian Lamker, Viola Schulze Dieckhoff

Stadt- und Raumplanung sitzt auch im 21. Jahrhundert an der elementaren Schnittstelle zwischen staatlicher Macht, privatem Kapital und öffentlicher Meinung (Stein 2019: 12). Planende besetzen eine Schlüsselstellung darin, die räumlichen Bedingungen unserer Gesellschaft zu organisieren. Verantwortungsvolle räumliche Entwicklung bedeutet für alle Planer*innen, in den eigenen Rollenverständnissen die größere Vielfalt und Komplexität der Gesellschaft abzubilden. Die gemeinsame Verantwortung muss durch die mutige Führung von Prozessen kollektiver Raumgestaltung in neue Denk- und Handlungsweisen überführt werden. Drängende Herausforderungen räumlicher Transformation in Richtung von Schlagworten wie »Nachhaltigkeit«, »Klimaschutz«, »Klimaanpassung« und »soziale Gerechtigkeit« können hingegen nicht durch Wachstum der Wirtschaft gelöst werden. Ebenso wenig können diese Probleme in einer wachstumsbasierten Agenda, beispielsweise durch beschleunigte Baulandausweisung oder technologische Lösungen, dauerhaft erfolgreich bearbeitet werden.

Bewegungen wie »Fridays for Future« oder »Extinction Rebellion« heben die langfristig katastrophalen Auswirkungen verstärkt ins öffentliche Bewusstsein. Allerdings liefern die Erkenntnisse über den Verlust von Biodiversität, Klimaveränderungen und die negativen Folgen einer Wachstumsorientierung keine sicheren Handlungsoptionen oder eine eindeutige Transformationsstrategie. Die folgenden Abschnitte beginnen damit, die Bedeutung der kollektiven Organisation von Raum zu klären und verantwortungsvolle Planung und die Verantwortung von Planenden darin zu verorten. Im Anschluss daran liegt der Schwerpunkt auf der Frage: In welchen Rollenverständnissen können Planer*innen Prozesse komplexer nachhaltiger Transformation (wieder) anführen? Dieser Beitrag arbeitet aus einer

organisations- und systemtheoretischen Perspektive Grundlagen eines neuen »turn to action« (Lamker/Levin-Keitel 2019: 112) auf und liefert den Ausgangspunkt dafür, welche Rollenverständnisse für eine wachstumsunabhängige Planung vielversprechend sind.

Kollektive Organisation von Raum

In Deutschland und den meisten industrialisierten Ländern herrscht im 21. Jahrhundert absolut gesehen kein Mangel mehr an materiellem Wohlstand, an Wohnraum oder an Ressourcen für alle hier lebenden Menschen. Bekannte Denk- und Verhaltensweisen haben es trotzdem nicht geschafft, innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen eine zufriedenstellende Verteilung zu erreichen oder zu sichern. Wachstumszwänge konstruieren sozial exklusive Knappheiten und sind weiterhin tief in gesellschaftlichen, ökonomischen und planerischen Institutionen verankert, die auf jede einzelne Person wirken (Rosa 2016; Savini 2019: 74–76; Schmelzer/Vetter 2019: 42–68; Stein 2019). Die Stadt- und Raumplanung arbeitet sich dementsprechend daran ab, wie Wachstum und Raum verbunden werden können (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2007; Galland 2012; Rydin 2013; Schulz 2018).

Die Organisation von Raum war immer eine Angelegenheit, die alle Menschen betrifft. Bereits in den 1970er Jahren hat ein Wandel in unserer Vorstellung von Stadt- und Raumplanung begonnen, in welchem Menschen mit ihrem Wissen, ihren Interessen und ihren Meinungen ins Zentrum gerückt wurden. Kommunikation und Partizipation sind etabliertes Vokabular für alle Prozesse räumlicher Planung. Die heutigen Debatten um Postwachstum und Transformation heben nun besonders hervor, dass Organisation und vor allem grundlegende Neudefinition von Raum auch eine aktive Tätigkeit aller Menschen sein kann (beispielsweise Schneidewind 2018). Planung ist der Prozess, mit dem wir kontinuierlich die Gestaltung von Raum über die Zeit hinweg organisieren (van Assche/Buinen/Duineveld 2017: 223; Stein 2019: 13). Begriffe wie »Raumunternehmen«, »Change Agents«, »Prosumenten von Raum« oder »Zukunftskunst« fokussieren darauf, dass jeder Mensch im Raum handelt und dieses Handeln bewusst auf eine (sozialökologische) Transformation ausrichten kann.

Planvolle räumliche Veränderung bekommt damit Zugriff auf vielfältige und umfassende Ressourcen zum aktiven Handeln. Planer*innen werden davon entlastet, alle räumlichen Veränderungen vordenken und umsetzen zu müssen. Sie werden aber damit belastet, in komplexen Netzwerken transformative Veränderungsprozesse mit deren räumlicher Dimension aktiver zu führen. Weiter gedacht bedeutet das aber auch, dass die Organisation des begrenzten Raums einen verstärkten Blick auf das Gemeinsame braucht, an dem sich Handlungen orientieren können und durch das sie geführt werden. Die planungswissenschaftliche Diskussion hat sich spätestens seit Ende der 1990er Jahre intensiv damit beschäftigt, Kommunikation innerhalb von Planungsprozessen zu verbessern und Instrumente zu entwickeln, mit denen alle Menschen auf unterschiedlichen Stufen partizipieren können. Die Grundhaltung von Stadt- und Raumplanung hat sich verändert zu einer koordinierenden, integrierenden und moderierenden Tätigkeit (Innes/Booher 1999: 11; Lamker 2016: 222). Das methodische Repertoire wurde gleichermaßen vielfältig und zunehmend weiter ausgearbeitet. Das Management von Unsicherheit ersetzt die Suche nach dauerhaften Sicherheiten (Abbott 2005). Spätestens mit der Auszeichnung von Elinor Ostrom mit dem Wirtschaftsnobelpreis im Jahr 2012 wird in der räumlichen Planung, neben staatlichen und marktbasierten Lösungen, vermehrt auf die Fähigkeit zur Selbstorganisation der Menschen beim nachhaltigen Ressourcenmanagement gesetzt. Zugleich ist die Kontrolle durch lokale Gemeinschaften selbst eine Herausforderung und die Verlagerung auf gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse allein keine hinreichende Lösung, wenn das zugleich den Rückzug von Planern bedeutet (Stein 2019: 198).

Heute sind wir an einem schwierigen Wendepunkt angekommen. Einerseits ist der Wunsch nach Teilhabe auf allen räumlichen Ebenen vorhanden und verankert. Andererseits trifft dieser Wunsch auf zunehmende soziale und räumliche Unterschiede sowie auf Grenzen der Partizipation und des ökonomischen Wachstums (beispielsweise Hagelüken 2017; Heinrich-Böll-Stiftung 2017). Kommunikative Prozesse laufen folglich in einer Umgebung ab, in der es absolute Grenzen der Entwicklung gibt, die ein Konsens nicht überwinden kann (beispielsweise begrenztes Bauland) – oder nicht überwinden sollte (beispielsweise die Zerstörung von Lebensräumen und Biodiversität). Mit jeder einzelnen Entscheidung kann von diesen Ressourcen etwas unwiderruflich verloren gehen. Wir sehen die kumulativen Folgen

dieser einzelnen – in sich gesehen oft durchaus ausgewogenen – Entscheidungen.

Kollektive Organisation von Raum bedeutet vor allem, einen intergenerativ gerechten Ausgleich zu finden zwischen unterschiedlichen Menschen in einem Raum und zwischen Menschen in unterschiedlichen Räumen – hin zur intergenerationalen und globalen Ebene. Postwachstum mitzudenken, verweist vor allem auf ökologische Belastungsgrenzen (»planetary boundaries«) und die Verwobenheit unserer Handlungen und deren Auswirkungen in globale Prozesse (so bei Brand/Wissen 2017; Raworth 2018; für die Planung vergleichbar der relationale Ansatz planetarer Urbanisierung bei Brenner 2014). Die unbequeme Wahrheit ist: Ohne Entscheidungen, die schnell und eindeutig sind, geht es oft nicht. Komplexität und Unsicherheit sind Kernbestandteil planerischen Handelns und können nicht vollständig oder dauerhaft beseitigt werden (Abbott 2005: 238; Lamker 2016: 3–11). Stadt- und Raumplanung werden analog zum Postwachstumsdiskurs wieder stärker politisiert (Schmelzer/Vetter 2019: 226). Für die kollektive Organisation von Raum brauchen Planer*innen eine Grundlage, mit der sie trotz bleibender Unsicherheit Entscheidungen treffen und weiche wie harte Instrumente nutzen können. Es gibt Entscheidungen, in denen das bisherige Modell ökonomischen Wachstums mit den ökologischen Grenzen und verfügbaren Ressourcen unvereinbar sind, wenn man sie langfristig denkt oder mit anderen Entscheidungen verbindet. Damit rücken die Fragen in den Mittelpunkt: Was können gerechte Entscheidungen unter diesen Bedingungen sein und wie können wir uns eine gerechte Raumentwicklung vorstellen?

Verantwortung von Planenden

Damit stellen sich wichtige Fragen nach der Verantwortung von Planenden, die über einen einzelnen abgegrenzten Raum, einen engen Zeitraum und über lebende Menschen hinausgeht. Es geht um institutionelle, kollektive und individuelle Verantwortung, also um eine Anpassung wesentlicher Regeln unseres Zusammenlebens ebenso wie eigener Handlungsweisen. Globale Veränderungen und lokales Handeln stehen dabei nicht mehr in einem Widerspruch. »Think global, act local« ist nach Rio 1992 und mit vielen lokalen Agenda-21-Prozessen eine neue Qualität des gemeinsamen Handelns in einer ungleichen Welt mit unterschiedlichen Ausgangssituationen. Gemein-

sam Verantwortung übernehmen, heißt demnach auch, die Konsequenzen von Handlungen miteinzubeziehen auf Individuen und Gemeinschaften, die den Entscheidungsträgern selbst unbekannt sind (vgl. Gunder/Hillier 2007). In der Stadtforschung fordert Brenner (2014) dazu auf, die negativen Folgen von Urbanisierungsprozessen bis in die abgelegensten Gegenden der Erde zu denken. Mit »planetary urbanization« bezeichnet er die Vernetztheit globaler Stoffströme, die immer mitgedacht werden müssen. Zuletzt erstreckt sich der Zeithorizont heutiger Entscheidungen intergenerational bis in absehbare und potenzielle zukünftige Generationen.

Es wäre sehr einfach, die Frage nach der Verantwortung von Planenden nur eng aus dem Planungssystem heraus zu beantworten: Verantwortungsvolle Planung innerhalb des etablierten Systems öffentlicher Stadt- und Raumplanung wäre demnach die Erfüllung von Rechten und Pflichten, die durch formelle oder informelle Institutionen auferlegt sind (ähnlich beispielsweise Needham/Buitelaar/Hartmann 2018: 12; vgl. auch Gunder/Hillier 2007: 61). Planer müssen sich an diese formellen oder informellen Institutionen halten und deren Aufgaben und politischen Vorgaben folgen. Der räumliche Bezug der Verantwortung endet an der Grenze der jeweiligen administrativen Zuständigkeit oder den per Auftrag gesetzten Grenzen. Metaphorisch gesagt: Planer*innen sind nur ein unbedeutendes Rad in einem Getriebe, das sich nahtlos in übergeordnete Abläufe einfügt. Diese Perspektive ist für die Arbeit mit hoheitlichen Planungsinstrumenten nachvollziehbar, welche ein hohes Maß an Sicherheit in ihrer Anwendung erfordern. Eine so eng definierte Verantwortung ist aber abgeschlossen gegenüber wichtigen Impulsen aus der Postwachstumsdebatte. Veränderung müsste demnach von denjenigen kommen, die Macht und Verantwortung an Planende delegieren. Von dort könnte eine Veränderung erfolgen, beispielsweise über politische Beschlüsse.

Gesellschaftliche Bewegungen wie »Fridays for Future« fordern heute mehr Kreativität und mehr konkrete Handlungen gerade von etablierten Institutionen ein. Der Appell zum Handeln richtet sich explizit nicht nur an Politiker*innen, sondern an alle öffentlichen Institutionen. Es muss Situationen geben, in denen Verantwortung auch bedeutet, zunächst direkt zu handeln und auf dringliche Probleme schnell zu reagieren. Immer weniger dieser Probleme enden an administrativen Grenzen, und immer weniger Herausforderungen lassen sich in klare Zuständigkeiten fassen.

Für diesen Beitrag wird Verantwortung in der Perspektive erweitert auf die Mikro- und Mesebene: Auch das kleinste Rad und/oder die kleinste Bewegung kann ein großes System verändern (so auch Ekardt 2017; Stein 2019). Dieses kleine Rad kennt zwar nicht unbedingt alle Auswirkungen, aber sehr gut den eigenen Zustand und die eigenen Handlungsmöglichkeiten. Übertragen heißt das: Die Optionen zur Veränderung des Systems »Planung« können gerade innerhalb des Systems »Planung« erdacht werden. Politiker*innen bleiben die letzte Entscheidungsebene für die Stadtplanung. Die meisten Planungsinstrumente sind aber so komplex, dass sie von ihnen schwer vollständig erfasst oder gar verändert werden können. Planer*innen selbst sind damit diejenigen Personen, die ihre eigene Praxis am besten kennen und unmittelbare Ankerpunkte für Veränderung erkennen und anbieten können. In planerischen Situationen und »Unentscheidbarkeiten« (engl. »undecidability«, siehe Gunder/Hillier 2007: 78–82) liegt die Stärke darin, Verantwortung für die kollektive Entscheidungskapazität zu übernehmen. Gunder und Hillier (2007: 79–84) heben hervor, dass verantwortungsvolle Entscheidungen das Risiko von Fehlern beinhalten. Sie belasten Planer*innen damit mit der Verantwortung, als Individuen zu agieren und eine Verantwortung anzunehmen, die sich vom Befolgen von Regeln (engl. »behaving dutifully«) löst. Verantwortung ist für die Autoren endlos und erstreckt sich räumlich auf die globalen Auswirkungen unseres Handelns, zeitlich bis in potenzielle spätere Generationen und inhaltlich auf die belebte und unbelebte Umwelt. Dieser Aspekt wird beispielsweise in der Kritik an einer westlichen imperialen Lebensweise hervorgehoben (Brand/Wissen 2017). Gunder und Hillier (2007) entlasten aber auch dadurch, dass sie ihren Appell gleichermaßen an alle Planenden richten und dass sie es ausschließen, in komplexen Zusammenhängen immer intentional richtig handeln zu können.

Rollenverständnisse

An der Schnittstelle zur Transformationsforschung beginnen Ansätze damit, räumliche Planung neu zu konzipieren und integrierte Beschreibungs- und Erklärungsansätze bereitzustellen, die den Raum ohne Wachstumsimpulse organisieren und gestalten können (Schneidewind 2018; Schulz 2018; Wittmayer et al. 2017: 49–50). Viele dieser Ansätze stellen heraus, dass es Veränderungsmöglichkeiten gibt und dass es Mut braucht, die ersten Schritte

zu gehen und andere dabei mitzunehmen (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019: 8). Die Debatten in der Planungstheorie greifen zunehmend auf, dass Planer zwar begleiten, managen oder führen können, aber nie einen vollständigen Überblick – d. h. vollständige Sicherheit – erreichen können (beispielsweise Abbott 2005; Lamker 2016). Eine individuelle Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen, braucht Möglichkeiten, über das bereits Bekannte hinauszudenken und die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten – d. h. auch des eigenen Rollenverständnisses – auszuweiten. Greifbare Rollenverständnisse helfen Planerinnen dabei, die eigene Reflexionsfähigkeit zu erhöhen und neue Handlungsmuster in verständliche mentale Abbilder zu fassen. Sie beinhalten die Grundhaltung von Planenden, welche sich zunehmend zu einer aktiven Begleitung von Transformationsprozessen hin zum abstrakten Ziel einer stärkeren Nachhaltigkeit verschiebt (Lamker/Levin-Keitel 2019: 109).

Die Grundlagen des hier verwendeten Rollenbegriffs liegen in der Organisations- und Systemtheorie, in welcher Rollen eine Erwartungshaltung zusammenfassen und damit Stabilität innerhalb komplexer Systeme bieten (Lamker 2016: 93–97). Handeln unter Unsicherheit wird als Normalität gesetzt (Abbott 2005), die aus der Suche nach Handlungsfähigkeit besteht, trotz komplexer Wechselwirkungen und Unentscheidbarkeiten. Die Organisationsforschung hat weniger Probleme damit, Handeln als grundsätzlich unvollständig und temporär anzuerkennen (Schreyögg/Geiger 2015: 13). Die Klarheit über eigene mögliche Rollen und die möglichen Rollen anderer Akteure dient auch dazu, temporäre Stabilität durch zusammenhängende Handlungsmuster zu erreichen, die wechselseitig erwartet werden können (Lamker 2016: 94). Dabei ist grundsätzlich ausgeschlossen, andere Systeme vollständig zu erfassen, zu beschreiben oder gar sicher steuern zu können. Heute vollzieht sich gleichermaßen eine Transformation der Rollenverständnisse von Planer*innen selbst wie eine Unterstützung räumlicher Transformation durch Planer*innen mit passenden Rollenverständnissen (Wittmayer et al. 2017: 53). Die Reflexion von Rollenverständnissen ist gerade dort wichtig, wo sie in konkreten Situationen Halt und Stabilität in dieser Unsicherheit bieten können (Lamker 2019: 204).

Rollenverständnisse werden hier verwendet als ein Werkzeug zum kollektiven Verstehen, Reflektieren, Unterstützen und Organisieren einer Transformation bei nicht auflösbaren Unsicherheiten (Lamker 2019: 201). Rollenverständnisse dienen dazu, innerhalb des Systems »Planung« die Komplexität zu reduzieren, d. h. in verständliche und handhabbare Elemente zu gliedern.

Als komplexe Muster von Verhaltensweisen sind Rollenverständnisse offen für eine Verwendung und Anpassung bis hin zum Rollenspiel und zur Improvisation in unterschiedlichen Kontexten (siehe auch Innes/Booher 1999: 12; Wittmayer et al. 2017: 50). Statt eines einzelnen richtigen Handelns sollten Planer einen flexiblen Werkzeugkasten mit Rollen zur Verfügung haben, mit denen raumbezogenes Handeln getestet werden kann, und zwar bis in die Grundannahmen von Veränderungspotenzial im Sinne von Postwachstumsgedanken. Die hohe Veränderungsdynamik heute bedeutet auch: Eine veränderte Ausbildung zukünftiger Planer*innen ist ebenso wenig ausreichend wie das Vertrauen auf langsame Diffusionsprozesse neuer Diskussionen. Notwendige neue Rollen müssen auch von Personen besetzt werden können, die hier und jetzt planen und verändern möchten.

Die Entkopplung einer strikten Zuordnung von Personen und Rollen schafft eine Brücke zwischen heutiger Realität und möglichen Zukünften. Die Entkopplung zwingt Planer*innen nicht dazu, die eigene Person infrage zu stellen. Vielmehr liegt hier das Angebot, die eigene Rolle im Zusammenspiel mit anderen besser zu verstehen und temporär in andere Rollen »zu schlüpfen«, um eigene Handlungen zu verbessern und die kollektive Reflexions- und Handlungsfähigkeit mit anderen Akteur*innen zu erhöhen (vgl. Innes/Booher 1999; Lamker 2019). Rollenverständnisse helfen im Folgenden dabei, wichtige Verhaltensweisen aus der Postwachstumsdebatte auf die Stadt- und Raumplanung zu übertragen. Sie bereichern in ihrer handlungsorientierten Perspektive damit um neue Muster von Verhaltensweisen an und fordern dazu auf, diese neuen Wege verantwortungsvoll zu nutzen.

Postwachstumsimpulse

Der Postwachstumsdiskurs blickt einerseits auf institutionelle Normen und Strukturen, die oft unhinterfragt einer Wachstumslogik folgen (z. B. Rydin 2013; Stein 2019). Er blickt andererseits aber auch auf die individuellen Möglichkeiten jedes/jeder Einzelnen, etwas zu verändern (z. B. Ekardt 2017; Welzer 2013). Das Zusammenwirken von Makro- und Mikroebene des Entscheidens und von globalen und lokalen Prozessen ist der Appell an uns alle. Untersuchungen und Diskussionen um Postwachstum sind noch vergleichsweise jung und zeigen schwarze Flecken (Schmelzer/Vetter 2019: 232–235): die global ökologische Frage der Postwachstumsdebatte als Frage sozialer

Gerechtigkeit und das Verhältnis von Postwachstum und Digitalisierung sowie das Verhältnis von Postwachstum und Geo- und Sicherheitspolitik. Die Stadt- und Raumplanung kann bei ihrer Suche nach Verantwortungsarenen und transformativen Rollen neben ersten eigenen Postwachstumsimpulsen aber auch auf die grundlegende Kritik an bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen aus benachbarten Disziplinen zurückgreifen.

Mit Piketty (2016) bietet die Ökonomie derzeit eine neue Verständnisgrundlage für die Entwicklung und Bedeutung von Wachstum an, die zur Schlussfolgerung kommt, dass dieses Wachstum heute zu extremen nationalen und globalen Ungleichheiten führt. Wachstum ist demnach keine Normalität, sondern ein historischer Ausnahmezustand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Neben analytischen Ansätzen stehen Alternative ökonomische Modelle wie die Postwachstumsökonomie (Paech 2012; Jackson 2017), die Donut-Ökonomie (Raworth 2018), die Gemeinwohlökonomie (Felber 2018) oder die Degrowth-Bewegung (Latouche 2010; Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V./DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften 2017; Kallis 2018). Aufgrund planetarer Grenzen und zugunsten des Gemeinwohls fordern sie unmittelbar eine Veränderung unserer Wirtschaftsweise und unseres Lebensstils ein (beispielsweise mit ökonomischem Fokus bei Felber 2018). Die räumliche Dimension ist in diesen Ansätzen bisher aber noch unterrepräsentiert (Schmid 2019: 9).

In der Soziologie beschreiben kritische Ansätze den »rasenden Stillstand« einer Gesellschaft, die sich in ständiger Beschleunigung befindet, aber das Gute Leben dennoch nicht erreicht (Rosa 2016; Rosa/Henning 2018). Ein großer Wandel ist aber oft auch das Resultat kleiner Anpassungen in unseren eigenen Handlungen. Und so finden sich auch hoffnungsfrohe Botschaften in der Soziologie, welche die Handlungsmöglichkeiten jedes/jeder Einzelnen in den Fokus setzen (Ekardt 2017). Die Psychologie geht der Frage nach, warum der Drang nach Wachstum so tief in unseren Denkmustern verankert ist (Fromm 2009; Welzer 2013; Hunecke 2013), obwohl materielles Haben nur zu kurzfristigen Glücksmomenten, aber nie zu einem Zustand der dauerhaften Zufriedenheit führt. Erich Fromm (2009: 274) kritisiert entsprechend die »Trias von unbegrenzter Produktion, absoluter Freiheit und uneingeschränktem Glück«. Aktuelle Erkenntnisse in der Hirnforschung machen aber Mut für Einzelne wie für Städte und Regionen und verweisen auf individuelle Veränderungs-, Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten bis an das Lebensende (Hüther 2013; 2018).

An ökonomische Gedanken knüpft auch politischer Aktivismus für andere Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle an. Im Jahr 2011 fordert der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) eine notwendige Große Transformation ein (WBGU 2011). Im Jahr 2013 zeigt die Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« in ihrem Abschlussbericht ebenfalls eine Suche nach Alternativen auf (Deutscher Bundestag 2013). Im Jahr 2014 findet die erste Degrowth-Konferenz in Deutschland statt und wird seitdem jährlich in anderen europäischen Städten durchgeführt. Im Jahr 2018 sucht die europäische Post-Growth-Konferenz auf Initiative von zehn EU-Parlamentarier*innen in Brüssel nach einer zukunftsfähigen Politik und einer nachhaltigen Verbindung von Umwelt, Menschenrechten und einer lebensfähigen Wirtschaft.

Das Jahr 2018 ist schließlich das Geburtsjahr der »Fridays for Future«-Bewegung, die 2019 bis zur Europawahl ein beherrschendes politisches Thema geworden ist. Erstmals fordern weltweit junge Schüler*innen und Student*innen kollektiv die Politik und die Gesellschaft zum entschiedenen Handeln und Umsteuern im Angesicht der Klimakrise und planetarer Grenzen auf. Diese zivilgesellschaftliche »moralische Revolution« oder »Zukunftskunst« (Schneidewind 2018: 476–479) löst seit dem Ende der 2010er Jahre in vielen Professionen eine Reflexion über die eigene politische Verantwortung und über Möglichkeiten aus und kann ein Ausgangspunkt für politisch-institutionelle, technologische und ökonomische Veränderungen sein. Dennoch schlagen sich die Erkenntnisse in Deutschland nicht in grundlegenden Veränderungen des politischen Handelns nieder.

In der Stadt- und Raumplanung mehren sich Beiträge, die sich kritisch gegenüber der tief liegenden (ökonomischen) Wachstumsorientierung in der eigenen Profession positionieren (Janssen-Jansen et al. 2012; Rydin 2013; Hahne 2017; Schulz 2018; Savini 2019; Stein 2019). Das Wachstumsparadigma durchdringt Planungsinstrumente, Institutionen und Normen und behindert eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Planung. Hier kann der kritische Blick aus einer Postwachstumsperspektive bereichern: Erstens hilft er, diese Wachstumsorientierung auf den verschiedenen Ebenen zu identifizieren zweitens gibt er Anreize, Argumente und Zukunftsbilder für eine Postwachstumskultur zu formulieren und, drittens, motiviert er, einen kritischen Meinungspluralismus produktiv zu nutzen. Auch in Deutschland sieht die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) ein Potenzial von Postwachstum, sich zu einem »Paradigma in Wirtschaft, Ge-

sellschaft und Planung« zu entwickeln (Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2017: 4). Im Jahr 2019 läutet der Bund Deutscher Architekten (BDA) das überlebensnotwendige Ende des Wachstums ein und führt dies in zehn Postulaten aus (Bund Deutscher Architekten 2019).

Auf der Ebene von Nachbarschaften, Stadtteilen und Städten gibt es bereits einige Beispiele für alternative Praktiken und Kriterien, die potenziell zu neuen Denk- und Lebensweisen führen können. Auf der regionalen Ebene, der Landes- und Bundesebene sowie mit globalem Maßstab sind die Debatten bisher noch weitgehend ein Nischenthema (mit Bezug auf Dänemark sehr prägnant Galland 2012). Die Postwachstumsdiskussion zeigt sich bisher geteilt in konkrete und oft radikale Forderungen an etablierte Institutionen sowie im Fokus auf selbstorganisierte Projekte und Nischen (Schmelzer/Vetter 2019: 217). Rundherum finden sich Forderungen nach neuen (positiven) gesellschaftlichen Visionen, mit denen die Vormachtstellung der Wachstumsorientierung in Wirtschaft, Gesellschaft – und Stadt- und Raumplanung – aufgebrochen werden kann.

Rollenverständnisse einer aktiven Transformation

Die Postwachstumsdebatte kann nicht mit einem einzelnen für Planer*innen in der öffentlichen Verwaltung oder in privaten Planungsbüros geeigneten Rollenverständnis zusammengefasst werden. Im Licht der Forderung nach Meinungspluralismus und kritischer Debatte in weiten Teilen des Felds erscheint das auch gar nicht erstrebenswert. Eine Bandbreite von Rollenverständnissen kann dabei unterstützen, in täglicher Planungspraxis reflexiver und aktiver zu werden angesichts der Herausforderungen und Grenzen, die der Postwachstumsdiskurs aufzeichnet. Die Zusammenführung sozialer, kultureller und ökologischer Fragestellungen in einem breiten Diskurs (so in Schmelzer/Vetter 2019: 15) ist gut anknüpfungsfähig für eine integrierende Planungsperspektive auf Raum. Daher ist es besonders hilfreich, nach Impulsen zu suchen, die in klassischen Definitionen von Stadt- und Raumplanung noch wenig adressiert werden.

Die sechs Thesen einer Postwachstumsplanung von Lamker und Schulze Dieckhoff (2019) zeigen Anforderungen an neue Rollenverständnisse aus Postwachstumsperspektive auf. Neue Rollenverständnisse sollten hierzu eine Brücke zu einer Form von ermutigendem Handeln entwickeln, welche

derzeitige Entwicklungen als bis in die Grundlagen veränderbar ansieht. Kommunikation bis hin zu spielerischen Ansätzen sind dabei essenziell, um in offenen Prozessen Menschen auch in deren persönlicher und emotionaler Dimension ernst zu nehmen (Innes/Booher 1999: 19; ähnlich auch Schneidewind 2018). Rollenverständnisse müssen eine belastbare Kommunikationsbasis, einen unmittelbaren Bezug zu transformativem Handeln und Ankerpunkte beinhalten, die in gemeinsamer geteilter Verantwortung von jeder/jedem einzelnen planenden Akteur*in genutzt werden können. Obwohl sich eine gesellschaftliche Veränderung in vielen Initiativen und Mikropraktiken bereits seit den 1990er Jahren vollzieht, scheint räumliche Planung in diesen Ansätzen zunehmend überfordert. Die Forderungen nach schnellem Bauen und der schnellen Bereitstellung von Flächen treffen auf deutliche Grenzen des Wachstums und die reale Wohnsituation, Mobilitätschancen und Lebensqualität aller Menschen. Die auf allen räumlichen Ebenen wiederauflebende Debatte über Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftliche Spaltung drängt auf eine neue Perspektive (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017; Hagelüken 2017; Terfrüchte 2019). Stehen immer schnellere und immer durchdachtere Lösungen tatsächlich gemeinsam entwickelten Lösungen als Paradox gegenüber? Sind große Veränderungen in kollektiver Entscheidungsfindung unmöglich?

Urban Commons, genossenschaftliche Wege der Stadtentwicklung, bürgerschaftliche Quartierskonzepte und raumbezogene Vereine verändern bereits Nachbarschaften und Stadtteile (Schneidewind 2018: 301–475). Sie lassen sich in ihrem Vorgehen dabei durchaus mit planerischem Vokabular beschreiben, sehen ihren Fokus aber im unmittelbaren Handeln, in kollektiven Organisationsformen und konkreten Verbesserungen ihrer eigenen räumlichen Lebensumwelt. Zusätzlich spannt sich ein neuer Generationenkonflikt auf: Auf der einen Seite zeigen Studiengänge, Konferenzen und Initiativen bei jungen Menschen vieler Disziplinen ein großes Interesse an Stadt- und Raumplanung. Auf der anderen Seite stehen aber auch Probleme der Repräsentation jüngerer Generationen in demokratischen Gremien. In der öffentlichen Debatte stoßen Wahrnehmung und Wertschätzung der Forderungen nach Veränderung – beispielsweise sichtbar an der »Fridays for Future«-Bewegung – bei etablierten Planungsakteuren in Wissenschaft und Praxis auf eine Mischung aus Unsicherheit bis hin zu Ablehnung. Die langfristigen Ziele sind durchaus anerkannt, beispielsweise mit der Überführung der Sustainable Development Goals auf alle Politikebenen (Bundes-

regierung 2018). Schwer fällt allerdings, die dafür notwendigen Schritte mutig anzugehen und einen Durchbruch mit innovativen Lösungen und neuen Institutionalisierungen zu schaffen (Schneidewind 2018: 30). Ein Teil des Postwachstumsdiskurses stellt die Art der Organisation unserer modernen Gesellschaften grundsätzlich infrage, während andere Diskursteile wiederum ihren Appell aktiv an die bestehenden Institutionen richten (so etwa auch »Fridays for Future«). Postwachstum fordert eine stärkere Politisierung gesellschaftlicher und damit auch räumlicher Fragestellungen heraus (Schmelzer/Vetter 2019: 226).

Im Rahmen eines breiteren »turn to action« in der Raum- und Planungswissenschaft (Lamker/Levin-Keitel 2019: 112) sollten gerade Rollenverständnisse weiterentwickelt werden, die Inspiration und Motivation für Veränderung anbieten können. Die etablierten Rollen als Moderator*in oder Koordinator*in raumbezogener Prozesse eröffnen bisher nicht das notwendige Fenster in einen umfassenderen und politischeren Veränderungsprozess. Sie zeigen sich zu passiv und zu konservativ darin, eine neue Perspektive einzubringen und dafür zu motivieren. Postwachstum in Stadt- und Raumplanung zu integrieren, benötigt aber gerade solche Rollenverständnisse, die handlungsbezogen sind und für eine positive Vorstellung einer wachstumsunabhängigen Welt begeistern können (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019: 8). Die besondere Fähigkeit von Stadt- und Raumplanung als Disziplin ist es, mit wechselnden Rollenverständnissen immer wieder die Verbindungen zwischen Menschen und der Gestaltung von Raum herzustellen und alternative Zukünfte vorzudenken (Lamker 2016: 323).

Eine offene Prozessführung ist wichtig, um die integrative und langfristige Perspektive mit mutigem Handeln zu verknüpfen. Planer*innen sollten sich selbst ebenfalls zutrauen (und von anderen den Spielraum erhalten), Vorstellungen bis zu radikalen Alternativen zu entwickeln und in der Diskussion anzubieten. Als Inspirator*in, Motivator*in und Anführer*in können Planende dazu beitragen, eine Beziehung zwischen konkreten Vorschlägen an etablierte Institutionen und der Hoffnung auf selbstorganisierende Kräfte in der Zivilgesellschaft herstellen und diese doppelte (oder geteilte) Transformationsstrategie unterstützen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die lange Tradition von Stadt- und Raumplanung in Deutschland und Mitteleuropa viele wertvolle Ideen und Instrumente hervorgebracht hat, die auch für veränderte Ziele und Erfolgskriterien eingesetzt werden können.

Ausblick

Die größte Herausforderung besteht darin, Raumentwicklung zeitgleich kollektiv zu organisieren und aus ihrer Wachstumsorientierung zu lösen. Planer*innen können mit ihrem Überblick über Wirkungsweisen und Zusammenhänge im Raum viel dazu beitragen, scheinbar gesetzte Annahmen zu hinterfragen. Sie können die Auswirkungen einzelner Entscheidungen in ihrer langfristigen Perspektive und vor dem Hintergrund der Vielfalt von Auswirkungen unserer Raumnutzungen reflektieren. Und sie können mit Unterstützung eines verbreiterten Repertoires an Rollenverständnissen eine aktive und anführende Rolle für eine wachstumsunabhängige räumliche Veränderung einnehmen. Sie sollten nicht in einen Kreislauf des Vermeidens kritischer Diskussionen eintreten, sondern aktiv Verantwortung innerhalb des eigenen Bereichs übernehmen und diese Verantwortung in kollektives Handeln mit anderen Akteur*innen überführen. Die Postwachstumsdebatte schärft zudem den Blick dafür, dass zugleich strukturelle gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind, wenn die Abhängigkeit von Wachstum überwunden werden soll (Schmelzer/Vetter 2019: 26). Es geht damit nicht darum, ob sich zuerst die Rahmenbedingungen oder zuerst das eigene Handeln verändern müssen. Beides ist eng miteinander verbunden und nur grundlegend veränderbar, wenn gleichzeitig von unterschiedlichen Akteursgruppen in neuen Rollenverständnissen gemeinsam gehandelt wird (im Sinne des Transformationsmodells bei Schneidewind 2018: 477; siehe auch Kristof 2017: 169–171).

Prozesse nachhaltiger Transformation zu führen, bedeutet auch für Planende, sich verantwortungsvoll und aktiv einzubringen. Postwachstum mit Stadt- und Raumplanung zu verbinden, heißt, das gemeinsame und mutige Handeln weiter in den Mittelpunkt zu stellen. Ökologische Grenzen und gesellschaftliche Bewegungen fordern vor allem dazu auf, schnell und dynamisch zu agieren. Planer*innen sind in ihrem Rollenverständnis zukünftig auch Inspirator*innen und Motivator*innen. Ein wichtiger Schritt ist dabei, die bestehenden Ansätze zusammenzuführen, in den kreativen Diskurs zu treten und gemeinsam auch diejenigen Schritte anzugehen, die zunächst kaum möglich scheinen.

Raumorganisation ist ein kollektives Anliegen, in dem Planende gerade aufgrund der Komplexität und Dynamik eine Schlüsselstellung einnehmen können. Damit werden sie auch zum/zur Anführer*in für räumliche

Rahmenbedingungen einer wachstumsunabhängigen Gesellschaft. Gesellschaftlich und politisch müssen dafür zugleich geeignete Rahmenbedingungen hergestellt werden, um mit kollektivem Handeln dauerhaft wirken zu können. Auf dieser Basis kann sich ein Nährboden bilden, der neue Rollenverständnisse einer wachstumsunabhängigen Postwachstumsplanung entstehen, wachsen und in Aktion treten lässt.

Literatur

- Abbott, J. (2005): Understanding and Managing the Unknown: The Nature of Uncertainty in Planning. In: *Journal of Planning Education and Research* 24, 237–251.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2017): *Forschungskonzept 2017–2022*. Hannover.
- Brand, U.; Wissen, M. (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München.
- Brenner, N. (Hg.) (2014): *Implosions/Explosions. Towards a Study of Planetary Urbanization*. Berlin.
- Bund Deutscher Architekten (BDA) (2019): *Das Haus der Erde. Positionen für eine klimagerechte Architektur in Stadt und Land*. Auf dem 15. BDA-Tag am 25. Mai 2019 in Halle/Saale. Berlin. https://www.bda-bund.de/wp-content/uploads/2019/04/20190819_DasHausDerErde_Monitor.pdf (10.12.2019).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): *Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern. Vorlage des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages*. Bonn.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2007): *LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt*. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007. Leipzig. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf (24.02.2020).
- Bundesregierung (2018): *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018*. Berlin.

- Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«. Berlin.
- Ekardt, F. (2017): Wir können uns ändern. Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution, München.
- Felber, Ch. (2018): Gemeinwohl-Ökonomie. München.
- Fromm, E. (2009): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München. = Dtv. Band 34234.
- Galland, D. (2012): Is Regional Planning Dead or Just Coping? The Transformation of a State Sociospatial Project into Growth-Oriented Strategies. In: Environment and Planning C: Government and Policy 30, 536–552.
- Gunder, M.; Hillier, J. (2007): Problematising responsibility in planning theory and practice: On seeing the middle of the string? In: Progress in Planning 68, 57–96.
- Hagelüken, A. (2017): Das gespaltene Land. Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört – und was die Politik ändern muss. München. = Knauer Klartext Band 78895.
- Hahne, U. (2017): Die Region in der Postwachstumsdebatte, in: Knieling, J. (Hg.): Wege zur großen Transformation. Herausforderungen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Ergebnisse des Interdisziplinären Doktorandenkollegs Dokonara. München, 49–64.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2017): Geteilte Räume. Strategien für mehr sozialen und räumlichen Zusammenhalt. Berlin. = Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Band 21.
- Hunecke, M. (2013): Psychologie der Nachhaltigkeit. Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften. München.
- Hüther, G. (2013): Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. Hamburg.
- Hüther, G. (2018): Würde. Was uns stark macht – als Einzelne und als Gesellschaft. München.
- Innes, J.; Booher, D. (1999): Consensus Building as Role Playing and Bricolage. Toward a Theory of Collaborative Planning. In: Journal of the American Planning Association 65, 9–26.
- Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, München.

- Janssen-Jansen, L.; Lloyd, G.; Peel, D.; van der Krabben, E. (2012): Planning in an environment without growth. Invited essay for the Raad voor de leefomgeving en infrastructuur (Rli). Wageningen.
- Kallis, G. (2018): Degrowth (= The economy, key ideas), Newcastle.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V./DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.) (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München.
- Kristof, K. (2017): Change Agents in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. In: Reineremann, J.-L./Behr, F. (Hg.): Die Experimentalstadt. Kreativität und die kulturelle Dimension der Nachhaltigen Entwicklung. Wiesbaden, 165–179.
- Lamker, Chr. (2016): Unsicherheit und Komplexität in Planungsprozessen. Planungstheoretische Perspektiven auf Regionalplanung und Klimaanpassung. Lemgo. = Planungswissenschaftliche Studien zu Raumordnung und Regionalentwicklung Band 6.
- Lamker, Chr. (2019): Planning in uncharted waters: spatial transformations, planning transitions and role-reflexive planning. In: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 77, 199–211.
- Lamker, Chr.; Levin-Keitel, M. (2019): Planung im Wandel – von Rollenverständnissen und Selbstbildern. Editorial. In: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 77, 107–113.
- Lamker, Chr.; Schulze Dieckhoff, V. (2019): Sechs Thesen einer Postwachstumsplanung. FRU-Preis 2019, Sonderpreis. Dortmund. www.postwachstumsplanung.de (06.07.2019).
- Latouche, S. (2010): Degrowth. Editorial. In: Journal of Cleaner Production 18, 519–522.
- Needham, B.; Buitelaar, E.; Hartmann, T. (2018): Planning, Law and Economics. The Rules We Make for Using Land (= The RTPi library series), New York.
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München.
- Piketty, T. (2016): Das Kapital im 21. Jahrhundert (= Band 6236). München.
- Raworth, K. (2018): Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München.
- Rosa, H. (2016): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a. M. = Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft Band 1760.

- Rosa, H.; Henning, Ch. (2018): Good life beyond growth. An introduction. In: Rosa, H.; Henning, Ch. (Hg.): The good life beyond growth. New perspectives. London, New York, 1–14.
- Rydin, Y. (2013): Future of planning. Beyond growth dependence. Bristol.
- Savini, F. (2019): Responsibility, polity, value: The (un)changing norms of planning practices. In: Planning Theory 18, 58–81.
- Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung (= Zur Einführung), Hamburg.
- Schmid, B. (2019): Degrowth and postcapitalism: Transformative geographies beyond accumulation and growth. In: Geography Compass 13, 1–15.
- Schneidewind, U. (2018): Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt a. M. = Fischer Taschenbücher Band 70259.
- Schreyögg, G.; Geiger, D. (2015): Organisation. Grundlagen moderner Organisationsgestaltung. Mit Fallstudien. Wiesbaden.
- Schulz, Ch. (2018): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: ARL Nachrichten 47, 11–14.
- Stein, S. (2019): Capital city. Gentrification and the real estate state (= The Jacobin series). London, New York.
- Terfrüchte, T. (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Raumordnung und Regionalpolitik. In: Wirtschaftsdienst 99, 24–30.
- van Assche, K.; Beunen, R.; Duineveld, M. (2017): Witchcraft, oracle, and magic in the kingdom of planning. A reflection on planning theory and practice inspired by Ernest Alexander. In: Planning Theory 16, 223–226.
- Welzer, H. (Hg.) (2013): Wege aus der Wachstumsgesellschaft (= Fischer, Band 19616). Frankfurt a. M.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hg.) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- Wittmayer, J.; Avelino, F.; van Steenberg, F.; Loorbach, D. (2017): Actor roles in transition. Insights from sociological perspectives. In: Environmental Innovation and Societal Transitions 24, 45–56.